

7. Berliner Colloquium zur Zeitgeschichte

»Polarized Politics«: The United States in the Age of Tea Party and Occupy Wall Street

Konzept: Bernd Greiner (Hamburger Institut für Sozialforschung)

Konferenzsprache: Englisch

11. und 12. Mai 2012

Im Gespräch

Berliner Colloquien zur Zeitgeschichte: Zweifellos erregten die Tea Party-Bewegung und Occupy Wall Street für geraume Zeit große Aufmerksamkeit. Und unter zeitdiagnostischen Aspekten leuchtet eine Thematisierung dieser Phänomene unmittelbar ein. Aber ist es für eine historische Annäherung nicht zu früh? Bedarf es nicht eines größeren zeitlichen Abstandes, um zu belastbaren Ergebnissen zu kommen?

Entscheidend ist die Wahl der Perspektive. In diesem Fall waren aktuelle, tagespolitische Entwicklungen nur der Anlass zur Thematisierung eines Problems, das vor knapp 40 Jahren erstmals auftauchte und mittlerweile die amerikanische Innenpolitik zu vergiften droht. Gemeint ist die Polarisierung des Politischen, die Abkehr von einem Politikmodell, das auf Aushandlung, Inklusion und Kompromiss setzt. An deren Stelle ist eine Radikalität getreten, die einem ganz anderen Dreiklang folgt: Freund und Feind, Exklusion und Kompromisslosigkeit.

BCZ: Das klingt nach Selbstblockade, Krise und Niedergang.

Davon handelt die Geschichte in großen Teilen tatsächlich. Doch zugleich stehen beide Bewegungen, die Tea Party wie auch Occupy Wall Street, für einen Überdruß am Stillstand und Leerlauf des politischen Betriebs. Die Aktivisten auf beiden Seiten haben es offensichtlich satt, von Parteien vertreten zu werden, die nur noch sich selbst verwalten oder zum Opfer von Wirtschaftsverbänden und anderen Lobbyisten geworden sind. So gesehen ist auch ein wiedererwachtes Interesse an politischer Partizipation zu beobachten, ein Wiederaufleben von »Graswurzelpolitik«, die in den USA eine lange und vielfältige Tradition hat. Wer diese Seite ignoriert, wird die neuen Entwicklungen nicht verstehen können.

BCZ: Welche Aspekte standen im Mittelpunkt der Diskussion?

Mit Blick auf die Tea Party ging es erstens um das komplizierte Wechselspiel von »top down« und »bottom up«. In anderen Worten: Man hat es mit der Selbstmobilisierung eines konservativen Fußvolks zu tun, aber zugleich mit einer Erfolgsgeschichte, die sich erst erschließt, wenn die Rolle mächtiger Geldgeber und einflussreicher Medien wie Fox News mitbedacht wird. Ohne dieses Geld und ohne die mediale Verstärkung wäre die Tea Party nicht, was sie ist. Zweitens wurde intensiv über die soziale Zusammensetzung und die Programmatik, die Ideologie dieser Bewegung diskutiert. Wer genauer hinschaut wird beispielsweise feststellen, dass von einem radikalen Marktliberalismus nicht, zumindest nicht durchgängig die Rede sein kann. Tea Party-Aktivisten verteidigen durchaus sozialstaatliche Leistungen – sofern diese Transferleistungen den aus ihrer Sicht Richtigen zu Gute kommen. Ihr Zorn richtet sich gegen alle, die angeblich diese Leistungen nicht verdient haben oder sich noch nicht verdient gemacht haben – junge Leute, illegale Immigranten, ethnische oder rassische Minderheiten. Diese Ressentiments zu beschreiben, ist vergleichsweise einfach. Der vollständige Mangel an Empathie für Mitbürger, die nicht zur Mittelschicht gehören und weniger wohlhabend und nicht so gebildet sind, ist mit Händen zu greifen.

Doch woher diese radikale Unterscheidung zwischen »uns« und »denen« rührt, ist eine ganz andere Frage. Wie Charles Murray in seinen jüngsten Arbeiten überzeugend dargelegt hat, spaltet die Angst vor einem sozialen und generationellen Wandel mittlerweile insbesondere das weiße Amerika, jene gesellschaftliche Mitte also, die jahrzehntlang ein Garant für soziale und politische Stabilität gewesen ist. Das »Vital Center« löst sich vor unser Aller Augen auf. Unter diesen Bedingungen aber schlägt die Stunde derer, die Emotionen und Affekte effektiv zu bedienen wissen, die der angestauten Wut eine Stimme geben. Dass sie das Kerngeschäft des Politischen, also Toleranz und Bereitschaft zum Kompromiss, aufkündigen, wird ihnen nicht als Schwäche ausgelegt, sondern als Stärke zugerechnet. Über die Mechanismen und Dynamik dieser politischen Emotionalisierung ist aber noch viel zu wenig bekannt. Mag sein, dass die Tea Party ihren Zenit bereits überschritten und ihre Energien verschlissen hat. Das Kernproblem aber, der Verlust des »vital center«, bleibt. Und deshalb tun Sozialwissenschaftler und Historiker gut daran, sich intensiver als bisher mit Ängsten, Affekten, Ressentiments und deren politischer Wirkmächtigkeit zu befassen.

BCZ: Und wie passt eine Bewegung wie Occupy Wall Street in dieses Bild?

In der Diskussion wurde prägnant herausgearbeitet, dass die Occupy-Bewegung die lange Geschichte eines linken Populismus in den USA fortschreibt. Auch sie ist eine Reaktion auf Umwälzungen, die aus guten Gründen als bedrohlich begriffen werden. Und vor allen Dingen thematisiert sie wie ihre Vorläufer aus dem späten 19. Jahrhundert eine skandalöse wirtschaftliche Ungleichheit, eine Entwicklung, die zu einer ernst zu nehmenden Gefahr für den sozialen und politischen Zusammenhalt geworden ist. Allerdings unterscheidet sich die Occupy-Bewegung von früheren Protestbewegungen in einem wesentlichen Punkt – sie verweigert im Grunde die politische Partizipation, sie beobachtet die Malaise von außen und lehnt es ab, zum Akteur innerhalb des Systems zu werden. Forderungen an den Staat begreift sie ebenso als Zumutung wie eine Kooperation mit Dritten. Eine Praxis, die über lose Netzwerke hinausgeht und ein höheres Maß an programmatischer Verbindlichkeit voraussetzt, ist dieser Bewegung fremd, ja sogar verhasst. So gesehen gehört auch Occupy auf die Agenda einer Sozialforschung, die sich ernsthaft mit der krisenbedingten Transformation des Politischen und mit politischen Affekten befasst. An derlei Polarisierungen drohen nämlich nicht allein die USA Schaden zu nehmen.